



Information nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) bei Verträgen

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Chef der Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Telefon: 06131/16-0, Fax: 06131/16 4771, E-Mail: poststelle@stk.rlp.de

2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Behördliche Datenschutzbeauftragte der Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Telefon: 06131/16-0, E-Mail: datenschutz@stk.rlp.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden für die Erfüllung des Vertrages und zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe b) DSGVO verarbeitet.

4. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Die Staatskanzlei verarbeitet die im Vertrag genannten bzw. die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erhobenen Daten.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Der Landesbetrieb für Daten und Information (LDI), Valenciaplatz 6, 55118 Mainz, verarbeitet auf Grundlage eines Auftragsverarbeitungsvertrages mit der Staatskanzlei personenbezogene Daten im Sinne von Art. 4 Nr. 2 und Art. 28 DSGVO.

Ihre personenbezogenen Daten werden gegebenenfalls an die Ihnen gegenüber genannten Stellen zur Vertragsabwicklung übermittelt.

Soweit erforderlich, erfolgt vor dem Zutritt in das Gebäude der Staatskanzlei eine Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfung der betretenden Personen zum Zwecke des Objekt- und Personenschutzes durch das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz. Die Staatskanzlei übermittelt dazu Vor- und Nachname, Geburtsnamen, Wohnanschrift, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Ausweisnummer an das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz. Diese Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e) DSGVO i.V.m. § 3 LDSG i.V.m. § 29 Abs. 3 Nr. 3 POG verarbeitet.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten erforderlich ist; längstens 10 Jahre.

7. Betroffenenrechte

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dann die Bearbeitung Ihres Anliegens gegebenenfalls nicht mehr möglich ist.
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung durch die Staatskanzlei durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt. Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Staatskanzlei, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die behördliche Datenschutzbeauftragte.

Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: +49 (0) 6131 8920-0, Telefax: +49 (0) 6131 8920-299, Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de.